

**Auswertung der Stellungnahmen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gem. § 4 (1) BauGB**

Behörden / Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden mit Schreiben vom **07.10.2024** gem. § 4 (1) BauGB beteiligt.

1. Behörden / TöB, die beteiligt wurden, aber innerhalb der gesetzten Frist keine Stellungnahme abgegeben haben
2. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme ohne Hinweise und Anregungen abgegeben haben
3. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme mit Hinweisen und Anregungen abgegeben haben

**1. Behörden / TöB, die beteiligt wurden, aber innerhalb der gesetzten Frist keine Stellungnahme abgegeben haben**

<b>TöB-Nr.</b>	<b>Behörde / Träger öffentlicher Belange</b>	
<b>1.10</b>	Landesbetrieb Forst Brandenburg	Da weder eine fristgerechte Stellungnahme abgegeben noch ein Antrag auf Verlängerung der Frist zur Abgabe einer Stellungnahme gestellt wurde, wird davon ausgegangen, dass die Belange nicht berührt sind.
<b>2.1.2</b>	Deutsche Telekom Technik GmbH, Dresden	
<b>2.1.4</b>	EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam	
<b>2.1.9</b>	WAZB Wasser- und Abwasserzweckverband „Beetzseegemeinden	
<b>2.5.1</b>	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR	
<b>2.5.2</b>	Landesjagdverband Brandenburg e.V.	
<b>2.5.5</b>	Industrie- und Handelskammer Potsdam	
<b>2.5.6</b>	Tourismusverband Havelland e.V.	
<b>3.2</b>	Stadt Ketzin / Havel	
<b>3.5</b>	Gemeinde Groß-Kreutz	
<b>3.6</b>	Gemeinde Kloster Lehnin	

**2. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme ohne Hinweise und Anregungen abgegeben haben**

<b>TÖB-Nr.</b>	<b>Behörde / Träger öffentlicher Belange</b>	<b>Schreiben vom</b>
<b>1.1</b>	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	05.11.2024
<b>1.2</b>	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	17.10.2024
<b>1.4</b>	Brandenburgisches LA für Denkmalpflege, Archäolog. Landesmuseum, Abt. Denkmalpflege + Abt. Bodendenkmalpflege	21.11.2024
<b>1.6</b>	Landesamt f. Bauen u. Verkehr, Cottbus	14.10.2024
<b>1.7</b>	Landesamt f. Bergbau, Geologie u. Rohstoffe, Cottbus	23.10.2024
<b>1.8</b>	Landesamt f. Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft u. Flurneuordnung	09.10.2024 + 14.10.2024
<b>1.11</b>	Landesvermessung und Geobasisdaten Brandenburg	08.10.2024
<b>2.1.1</b>	Bundesnetzagentur f. Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post u. Eisenbahn	14.10.2024
<b>2.1.5</b>	GDMcom Gesellschaft f. Dokumentation u. Telekommunikation mbH, Leipzig	10.10.2024
<b>2.1.6</b>	NBB Netzgesellschaft Berlin – Brandenburg mbH & Co.KG	08.10.2024
<b>2.1.7</b>	Wasser- und Bodenverband Untere Havel – Brandenburg/Havel	11.10.2024
<b>2.1.8</b>	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	08.10.2024
<b>2.5.3</b>	Waldkleeblatt – Natürliche Zauche e.V.	09.10.2024
<b>3.1</b>	Stadt Brandenburg an der Havel	22.10.2024
<b>3.3</b>	Stadt Nauen	29.10.2024
<b>3.4</b>	Stadt Premnitz	17.10.2024
<b>3.7</b>	Gemeinde Milower Land	08.10.2024

### 3. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme mit Hinweisen und Anregungen abgegeben haben

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>Anlass: Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zu dem Vorentwurf des Bebauungsplanes "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee</p> <p>Grundstück: Briest - OT der Stadt Havelsee, ~ Gemarkung Briest, Flur 1, Flurstücke 671, 675, 673, 672 tlw., 674, 678</p> <p>Mit Ihrem Schreiben vom 07.10.2024 bitten Sie um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Vorentwurf des Bebauungsplanes „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ der Stadt Havelsee.</p> <p>Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.</p> <p>Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.</p> <p>• <b>Fachdienst Umwelt</b></p> <p><b>Untere Wasserbehörde</b></p> <p>Wasserrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des Bebauungsplanes "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p><u>Einwände</u></p> <p>Keine</p> <p><u>Hinweise</u></p> <p>Wasserversorgung Gemäß § 50 Abs. 1 WHG ist die öffentliche Wasserversorgung eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und gemäß § 59 BbgWG stellt die öffentliche Wasserversorgung eine Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde dar.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 8e BauGB sind bei der Aufstellung des Bebauungsplanes insbesondere die Belange der Versorgung mit Wasser, einschließlich der Versorgungssicherheit zu berücksichtigen.</p> <p>Abwasserbeseitigung</p>	<p><u>Untere Wasserbehörde</u> - Belange stehen der Planung nicht entgegen, keine Einwände</p> <p>- Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen und beachtet.</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>Gemäß § 54 Abs. 1 WHG zählt sowohl Schmutzwasser als auch Niederschlagswasser zum Abwasserbegriff. Gemäß § 1 Abs.6 Nr. 7e BauGB ist bei der Aufstellung des Bebauungsplanes insbesondere der sachgerechte Umgang mit Abwässern zu berücksichtigen.</p> <p>Niederschlagswasserbeseitigung</p> <p>Niederschlagswasser ist gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 WHG dem Begriff Abwasser zuzuordnen.</p> <p>Gemäß § 56 WHG i. V. m. § 66 BbgWG ist die Gemeinde/Stadt zur Beseitigung des Abwassers (Schmutzwasser und Niederschlagswasser) verpflichtet. Abweichungen bzgl. Der Verpflichtung zur Beseitigung des Niederschlagswassers können sich gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 1 i. V. § 54 Abs. 4 BbgWG ergeben.</p> <p>Hinweis: Geplante Festsetzungen zur Versickerungspflicht müssen gemäß dem gemeinsamen Rundschreiben des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 11. Oktober 2011 (ABl./11, [Nr. 46], S. 2035) zur „Berücksichtigung dezentraler Lösungen zur Niederschlagsentwässerung bei der Bebauungsplanung“ erfolgen.</p> <p>Demnach ist für die Festlegung der Versickerungspflicht die Versickerungsfähigkeit des betroffenen Grundstücks im Rahmen der Bebauungsplanung nachzuweisen. Weitere Informationen des MLUK zum Thema Niederschlagswasser: <a href="https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/wassermengenbewirtschaftung/niederschlagswasser/">https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/wassermengenbewirtschaftung/niederschlagswasser/</a></p> <p>Vor dem Festsetzen bestimmter Maßnahmen ist die Versickerungsfähigkeit des Grundstücks durch den Planungsträger nachzuweisen.</p> <p>Des Weiteren ist nachfolgend im Zuge der Baugenehmigungs- oder Bauanzeigeverfahren die Verordnung über die erlaubnisfreie Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser durch schadlose Versickerung – Versickerungsfreistellungsverordnung - BbgVersFreiV zu beachten, die am 4. Mai 2019 in Kraft getreten ist.</p> <p>Grundwasser</p> <p>Der Flurabstand entspricht laut GIS ca. 1 - 2 m uGOK. Damit liegt im Bereich des geplanten Bauvorhabens eine hohe Grundwassergefährdung vor. Die Absenkung des Grundwassers ist gemäß § 49 (1) Wasserhaushaltsgesetz anzeigepflichtig. Eine Grundwasserabsenkung bedarf einer wasserrechtlichen Entscheidung.</p> <p><b>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</b></p> <p>Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des Bebauungsplanes "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee gegenwärtig nicht entgegen.</p>	<p>- Eine Festsetzung zur Versickerungsfähigkeit wurde in den Entwurf übernommen. siehe B-Plan → textliche Festsetzung TF4 u. Begründung S. 23</p> <p>- Die Versickerungspflicht wurde im Baugrundgutachten nachgewiesen.</p> <p>- Das anfallende Niederschlagswasser wird frei versickert.</p> <p>- wurde als Hinweis zum Grundwasser im Entwurf übernommen, siehe B-Plan → Hinweise</p> <p><u>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</u></p> <p>- Belange stehen nicht entgegen</p> <p>- keine Ergänzung oder Anpassung der Planung</p>

5

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung entsprechend § 9 KrWG gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.</p> <p>Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.</p> <p>Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.</p> <p>2. Bei der Planung sind die Hinweise des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers<sup>1</sup>entsprechend dem beigefügten Informationsblatt zu beachten.</p> <p><b>Untere Bodenschutzbehörde</b> Zum geplanten Vorentwurf des Bebauungsplanes "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee bestehen seitens der Unteren Bodenschutzbehörde keine Einwendungen.</p> <p><u>Hinweise zur Berücksichtigung des Schutzgutes Boden</u></p> <p>Um den Schutz des Bodens, insbesondere während der Bautätigkeiten, zu gewährleisten, sind mindestens folgende Schutzmaßnahmen in die textlichen Festsetzungen des B-Planes aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorhandener Mutterboden ist gem. § 202 BauGB unter Berücksichtigung der DIN 19731 zu schützen.</li> <li>- Ein Eintrag von schädlichen Stoffen ist durch geeignete Maßnahmen zu verhindern/vermindern. → Beim Einsatz der Maschinen und Fahrzeuge ist darauf zu achten, dass es auf der Baustelle und den Zufahrten zu keinen Verunreinigungen von Böden durch Betriebsstoffe oder Schmiermittel infolge von Leckagen oder durch unsachgemäße Handhabung kommt.</li> </ul> <p><u>Weitergehende Hinweise</u></p> <p><b>Besondere Böden</b> Nach der Themenkarte „LK PM Landschaftsrahmenplan; Karte 8; Teilblatt Nordwest: Besondere Böden, Maßstab 1:50.000“ des LK Potsdam-Mittelmark vom 19.07.2006 liegen keine besonderen Böden vor.</p> <p><b>Altlasten</b> Die Flurstücke im Verfahrensgebiet/Vorhabengebiet sind nicht im Altlastenkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark registriert.</p>	<p><u>Untere Bodenschutzbehörde</u></p> <p>- Die beiden Schutzmaßnahmen wurden als Hinweise im Bebauungsplan übernommen. siehe B-Plan → Hinweise</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p><b>Untere Naturschutzbehörde</b></p> <p><u>A. Einwendungen</u></p> <p>Keine.</p> <p><u>B. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u></p> <p>Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ist dem Bebauungsplan eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB [Begründung zum Bauleitplanentwurf, Umweltbericht] beizufügen. Die Bestandteile des Umweltberichts sind in der Anlage 1 zum BauGB festgelegt.</p> <p><u>C. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u></p> <p>Die Gemeinden überwachen gemäß § 4c BauGB die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen; Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung von Darstellungen oder Festsetzungen nach § 1a Abs. 3 Satz 2 BauGB und von Maßnahmen nach § 1a Abs. 3 Satz 4 BauGB (→ Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich entsprechend der Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz).</p> <p><u>D. Weitergehende Hinweise</u></p> <p>1) Berücksichtigung der Landschaftsplanung</p> <p>Bei der Aufstellung eines Bauleitplans sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g BauGB und § 9 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG die Inhalte der Landschaftsplanung zu berücksichtigen. Konkret sind das</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– das Landschaftsprogramm (im Folgenden: LaPro; <a href="https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueberuns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-12-2000-landschaftsprogramm-brandenburg">https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueberuns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-12-2000- landschaftsprogramm-brandenburg</a>),</li> <li>– der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark (im Folgenden: LRP; <a href="https://www.potsdam-mittelmark.de/de/landkreisverwaltung/strategischekreisentwicklung/landschaftsrahmenplan/">https://www.potsdam-mittelmark.de/de/landkreisverwaltung/strategischekreisentwicklung/ landschaftsrahmenplan/</a>) und – der Landschaftsplan (im Folgenden: LP).</li> </ul> <p>Im Aufstellungsverfahren des B-Plans hat sich die Stadt Havelsee mit deren plangebietsrelevanten Zielen, Erfordernissen und Maßnahmen auseinanderzusetzen sowie zu begründen, soweit ihnen nicht Rechnung getragen werden kann.</p> <p>2) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung</p>	<p><u>Untere Naturschutzbehörde</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umweltbericht wurde im Entwurf ergänzt</li> <li>- Die Umweltauswirkungen sind ermittelt worden.</li> </ul> <p>Die Eingriffsregelung wurde entsprechend bearbeitet.</p> <p>Alle Ergebnisse sind in dem Umweltbericht eingeflossen. Siehe Begründung, S. 30-59</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die weitergehenden Hinweise wurden im weiteren Verfahren mit dem Umweltbericht und in der Begründung abgearbeitet</li> </ul>

8



# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p><a href="https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/naturschutzfachdaten/kartenanwendung/kartenanwendung-naturschutzfachdaten/">https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/naturschutzfachdaten/kartenanwendung/kartenanwendung-naturschutzfachdaten/</a>) der Hinweis auf eine Kompensationsmaßnahme aufgrund eines Zulassungsbescheides des LfU hinterlegt. Es ist sicherzustellen, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“ der Stadt Havelsee (im Folgenden: B-Plan) nicht mit der Maßnahme kollidiert. Nähere Informationen sind beim LfU zu erfragen.</p> <p>4) Schutz nachtaktiver Tierarten vor Beleuchtung</p> <p>Zum Schutz nachtaktiver Insekten und von Vögeln ist für die Beleuchtung der Verkehrsanlagen nach Maßgabe der Licht-Leitlinie vom 16. April 2014 Folgendes zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vermeidung heller weitreichender künstlicher Lichtquellen in der freien Landschaft</li> <li>– Lichtlenkung ausschließlich in die Bereiche, die künstlich beleuchtet werden müssen (das heißt Abstrahlung nach oben oder in horizontaler Richtung vermeiden)</li> <li>– Wahl von Lichtquellen mit für Insekten wirkungsarmem Spektrum (vorzugsweise monochromatisches Licht der Natriumdampf-Niederdrucklampe oder LED-Leuchten mit warm- und neutralweißer Lichtfarbe; Verzicht auf Quecksilber- und Halogendampflampen)</li> <li>– Verwendung von vollständig geschlossenen staubdichten Leuchten</li> <li>– Begrenzung der Betriebsdauer auf die notwendige Zeit</li> </ul> <p>Zwar ist eine entsprechende Regelung aus rechtlichen Gründen nicht festsetzbar, aber es wird angeregt, sie im Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger festzuschreiben.</p> <p>5) Baumschutz/Baumersatz</p> <p>Für die bei Durchführung des B-Plans absehbar zu beseitigenden Bäume und Feldgehölze, deren öffentlich-rechtlicher Schutz gemäß § 2 Abs. 2 GehölzSchVO PM im Zeitpunkt des Inkrafttretens des B-Plans wegfällt, ist gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 a) BauGB die Kompensation auf der Ebene abschließend zu regeln. Dafür eignet sich eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB, die sich am Ersatzmaßstab des § 8 Abs. 1 GehölzSchVO PM orientieren kann.</p> <p>Die Ausgleichsverpflichtungen können auch durch eine vertragliche Regelung über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb von qualifizierten Flächenpools abgelöst werden.</p> <p><u>Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften sowie Handlungsempfehlungen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist</li> <li>– BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]) zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24,</li> </ul>	<p>Planfeststellungsverfahren, L 962 – Radweg freie Strecke einschließlich Krümmenverbesserungen von der B 1 – Kreisgrenze bei Brandenburg / Kaltenhausen über Briest und Tieckow bis zur B 102 Ford, wurde berücksichtigt.</p> <p>- Folgendes wurde in den Hinweisen ergänzt: Die Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmission (Lichtleitlinie) vom 16. April 2014, hier Punkt 7 ist anzuwenden. siehe B-Plan → Hinweise und Begründung S. 10 letzter Absatz</p> <p>- wurde im Rahmen der Eingriffs- u. Ausgleichsbilanzierung abgearbeitet</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>[Nr. 9], S.11)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 153) geändert worden ist</li> <li>– GehölzSchVO PM: Verordnung des Landkreises Potsdam-Mittelmark zum Schutz der Bäume und Feldgehölze als geschützte Landschaftsbestandteile vom 29.09.2011 (Amtsblatt Potsdam-Mittelmark 11/2011)</li> <li>– Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014; veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 11 vom 25. Mai 2014</li> </ul> <p>• <b>Fachdienst Gesundheit</b></p> <p>Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung.</p> <p>Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand Vorentwurf 06.08.2024, bezüglich der Auswirkungen von Lärm und Einflüssen auf das Schutzgut Mensch geprüft.</p> <p>Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von drei Einfamilienhäusern.</p> <p>Trinkwasser</p> <p>Das Planungsgebiet liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Die Versorgung mit Wasser für den menschlichen Gebrauch, Trinkwasser, muss der Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV) vom 20. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 159) entsprechen.</p> <p>Immissionsschutz</p> <p>Das Plangebiet grenzt östlich direkt an die Landesstraße L 962. Direkt am Plangebiet liegt eine Bushaltestelle.</p> <p>Zu Lärmeinwirkungen durch den Verkehr von der Landesstraße L 962 und Haltevorgänge an der Bushaltestelle werden in den Unterlagen keine Aussagen getätigt.</p> <p>Aufgrund fehlender Informationen kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeschätzt werden, ob es zu Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch durch Lärm, ausgelöst durch den Straßenverkehr, kommt und ob sich Schutzmaßnahmen erforderlich machen.</p> <p>Im weiteren Verfahren soll daher eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt werden.</p> <p>Die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt ist zum Vorhaben zu beachten.</p>	<p><u>Fachdienst Gesundheit</u></p> <p><u>Trinkwasser</u></p> <p>- wird bei der späteren Bauausführung beachtet</p> <p><u>Immissionsschutz</u></p> <p>- Es wurde ein schalltechnisches Gutachten erstellt.</p> <p>Die Empfehlungen wurden als textliche Festsetzungen bzw. als Hinweise in den Entwurf übernommen.</p> <p>- Die Baugrenze des WA 2 wurde um 10 m in</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p> <p>• <b>Brandschutzdienststelle</b></p> <p>Nach den Vorgaben des BauGB sind u. a. die Belange der Versorgung mit Wasser bei der Aufstellung der Bauleitpläne besonders zu berücksichtigen [§ 1 (6) Nr. 8e BauGB]. Daher ist darauf zu achten, dass eine für die Feuerwehr ausreichende Löschwasserversorgung, auf Grund der vorgesehenen Nutzung sind mindestens 800 l/min für zwei Stunden erforderlich, sichergestellt ist. Die gesamte Löschwassermenge muss dabei in einem Umkreis von 300 Metern um jedes Bauvorhaben zur Verfügung stehen. [§ 14 BbgBO in Verbindung mit § 3 (1) Nr. 1 BbgBKG und dem Arbeitsblatt des DVGW W- 405]</p> <p>Die Verkehrswege im Plangebiet sind, soweit aufgrund der möglichen Bebauung (z.B. Gebäudeklasse &gt; 3, Sonderbau) oder Gebäude die ganz oder teilweise weiter als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, nach den „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen. [§ 5 (1) und (2) BbgBO]</p> <p>• <b>Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht</b></p> <p><b>Untere Denkmalschutzbehörde</b></p> <p>Denkmalrechtliche Belange sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen. Die Hinweise auf die gesetzlichen Bestimmungen der Entdeckung von Bodendenkmälern sind korrekt wiedergegeben.</p> <p><b>Öffentliches Recht</b></p> <p>Bei der Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen sind die erforderlichen Bezugspunkte zu bestimmen. Die Benennung des Höhenbezugssystems reicht für den unteren Bezugspunkt nicht aus.</p> <p>Der nach § 12 Abs. 1 BauGB zu erstellende vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus den drei wesentlichen Elementen Vorhaben- und Erschließungsplan, Durchführungsvertrag und Bebauungsplan. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Dies heißt nicht, dass ein Vorhaben- und Erschließungsplan in jedem Fall als körperlich selbstständiges Dokument vorliegen muss. Jedoch ist diese Vorgehensweise nur dann mit § 12 BauGB vereinbar, wenn klargestellt wird, dass der Bebauungsplan mit dem VEP identisch sein soll.</p> <p>In den eingereichten Planunterlagen gibt es keine Informationen zum Vorhaben- und Erschließungsplan sowie dem Durchführungsvertrag.</p> <p>Die Kompensation des zu erwartenden Eingriffs erfolgt auf Flächen der Stadt Brandenburg an der Havel. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Brandenburg an der Havel im Verfahren zu beteiligen ist.</p> <p><b>Anlage</b></p>	<p>westl. Richtung verschoben. Der Abstand der später möglichen Bebauung zur Landesstraße wurde vergrößert. siehe Begründung, S. 23-24 u. B-Plan → textl. Festsetzung TF5</p> <p><u>Brandschutzdienststelle</u> Die ausreichende Löschwasserversorgung für das Plangebiet wurde mit Schreiben vom 07.06.2023 durch den WAZB bestätigt. Die Gebäude sind weniger als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche angeordnet.</p> <p><u>Untere Denkmalschutzbehörde</u> - keine Ergänzung oder Anpassung der Planung erforderlich</p> <p><u>Öffentliches Recht</u></p> <p>- Es wurde der Höhenbezugspunkt (max. Traufhöhe) durch Einschrieb in die Nutzungsschablone auf der Planzeichnung festgesetzt. Das Höhensystem wurde angegeben. Somit ist eine maximale Höhe im Höhensystem festgesetzt.</p> <p>- auf einen Vorhaben- und Erschließungsplan wird verzichtet, dies wurde in der Begründung S. 4 und auf der Planzeichnung ergänzt.</p> <p>- Die Kompensationsmaßnahme wurde in dem LK Havelland gelegt. Eine Zustimmung der Stadt Brandenburg war nicht abzusehen. Eine Zustimmung des LK Havelland zur</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p><b>Landkreis Potsdam-Mittelmark</b></p> <p><b>APM Abfallwirtschaft Potsdam Mittelmark GmbH</b></p> <p><b>- Freie Fahrt für Müllfahrzeuge –</b></p> <p><b>Informationsblatt zur verkehrstechnischen Erschließung von Wohn – und Gewerbegebieten</b></p> <p><b>Anforderungen an die Gewährleistung der Abfallentsorgung vor der Haustür</b></p> <p>Mit der Abfallentsorgung im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde die kreiseigene APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH mit Sitz in Niemegk beauftragt. Damit ist die APM GmbH „Träger öffentlicher Belange“ im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung.</p> <p>Bauleitpläne haben für die betreffenden Gebiete Satzungscharakter, so dass die hier getroffenen Festlegungen für die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke rechtsverbindlich sind.</p> <p>Damit abfallwirtschaftliche Belange bereits im Planungsstadium berücksichtigt werden, hat der Landkreis in enger Zusammenarbeit mit der APM GmbH dieses Informationsblatt „Freie Fahrt für Müllfahrzeuge“ erstellt. Hier werden alle Informationen und Voraussetzungen aufgezeigt, die für eine Gewährleistung der Abfallentsorgung „vor der Haustür“ erforderlich sind.</p> <p>Im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbauten von Straßen kommt es immer wieder im Landkreis zu Problemen bei der Abfallentsorgung. Fehlende oder verbaute Wendemöglichkeiten sowie nicht ausreichend dimensionierte Straßen machen die Abfallentsorgung mit den gängigen Müllsammelfahrzeugen, unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsnormen, unmöglich. In der Folge müssen separate Standplätze für alle betroffenen Müllbehälter an der nächst befahrbaren Straße geschaffen werden. Das zieht zumeist Ärger nach sich und lässt sich im Nachhinein nicht mehr ändern!</p> <p>Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden:</p> <p><b>1. Rechtliche Grundlagen – unabhängig von baurechtlichen Normen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Abfallentsorgungssatzung (AbfES) des Landkreises Potsdam Mittelmark in der jeweils gültigen Fassung (Fundstelle: <a href="http://www.potsdammittelmark.de/de/landkreis-verwaltung/kreisverwaltung/satzungen-kreisrecht/">http://www.potsdammittelmark.de/de/landkreis-verwaltung/kreisverwaltung/satzungen-kreisrecht/</a>)</li> <li>➤ BGV C27 Berufsgenossenschaft Vorschriften, §16 der UVV Unfallverhütungsvorschriften „Müllbeseitigung“</li> <li>➤ Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, RAS 06 mit Korrektur Stand 15.12.2008</li> </ul> <p><b>2. Fahrzeugtechnik des Landkreises Potsdam- Mittelmark zur Abfallentsorgung</b></p>	<p>Maßnahme liegt mit Schreiben vom 11.02.2025 vor.</p> <p>- die Anlage der APM GmbH zum Thema Müllfahrzeuge wird bei der Bauausführung beachtet</p> <p>- Die Abfallentsorgung kann auch über die Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung erfolgen. Hier ist vor Baubeginn eine Abstimmung zwischen den Vorhabenträger und der APM vorzunehmen.</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>Da die verschiedenen Abfallfraktionen mit unterschiedlicher Fahrzeugtechnik entsorgt werden, sollte beachtet werden, dass die Maße für die größten eingesetzten Fahrzeuge sich wie folgt darstellen:</p> <p>Länge: 11,10 m Breite: 2,55 m Überhang vorn: 1,00 m, Überhang hinten: 2,60 m ohne Radradius Radradius: 0,54 m</p> <p><b>3. Kriterien für die Errichtung von Erschließungsstraßen</b></p> <p>Nach den gesetzlichen Vorgaben dürfen Fahrzeuge nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Konkret bedeutet dies, dass die Straße</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ die höchstzulässige Fahrzeugbreite gem. StVZO zuzüglich Sicherheitsabstand zu beiden Seiten des Fahrzeuges berücksichtigt. Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 1 StVZO ist die höchstzulässige Breite für Kraftfahrzeuge und Anhänger mit 2,55 m bestimmt. Für ein gefahrloses Vorbeifahren an seitlichen Hindernissen wird zusätzlicher Freiraum benötigt. In der Praxis geht die Rechtsprechung hier von 50 cm auf jeder Seite aus. Damit ergibt sich eine durchgängige Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m,</li> <li>➤ für das Müllsammelfahrzeug ausreichend tragfähig sein muss (bis 30 t),</li> <li>➤ so gestaltet sein muss, dass in den Kurvenbereichen die Schleppkurven der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt werden,</li> <li>➤ so bemessen sein muss, dass an den Ein- und Ausfahrten mindestens die Schleppkurve der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt sind. Dies gilt auch für Pflanzinseln, Bäumen und ausgewiesenen Parkplätzen</li> <li>➤ so gestaltet sein muss, dass eventuelle Bodenschwellen von Müllfahrzeugen problemlos überfahren werden können,</li> <li>➤ so gestaltet sein muss, dass eventuelle Steigungen und Gefälle von Müllfahrzeugen gefahrlos befahren werden können,</li> <li>➤ eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4 m zuzüglich Sicherheitsabstand aufweisen muss. Insbesondere Äste und Straßenlaternen dürfen nicht in das Lichtraumprofil ragen.</li> </ul> <p>Zusätzlich ist zu beachten, dass die Straße und ggf. der Gehweg so angelegt werden, dass durch die Bereitstellung der Abfallbehälter sowohl für den Straßenverkehr als auch für den Fußgängerverkehr keine Gefahren oder Behinderungen zu befürchten sind.</p> <p><b>4. Stichstraßen:</b></p>	

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>Gemäß § 16 UVV „Müllbeseitigung“ ist dem Fahrpersonal ein Rückwärtsfahren ohne Einweiser untersagt. Da Sammelfahrzeuge im Landkreis überwiegend mit Seitenladetechnik in Einmannbesatzung entsorgen, ist diese Vorschrift vom Fahrpersonal zwingend einzuhalten. Daher ist am Ende von Stichstraßen eine geeignete Wendeanlage in Form eines Wendekreises, einer Wendeschleife bzw. eines Wendehammers vorzusehen. In einem Wendehammer muss das Wenden mit einem höchstens zweimaligem Zurückstoßen möglich sein (gilt nicht als Rückwärtsfahren).</p> <p><b>Wendekreisdurchmesser lt. Hersteller für dreiachsige Entsorgungsfahrzeuge: 23,60 m. Die Praxis zeigt jedoch, dass ein Wendekreis kleiner als 25 m nicht geeignet ist.</b></p> <p>Um die Befahrung sicherzustellen, sind Wendeanlagen an den Abfuhrtagen von parkenden Fahrzeugen freizuhalten. Hier können ggf. verkehrsregelnde Maßnahmen erforderlich sein.</p> <p><b>5. Privatstraßen:</b></p> <p>Sollte die Entsorgung der Abfälle an den Grundstücken nur durch die Befahrung einer Privatstraße möglich sein, wird darauf verwiesen, dass die dazu notwendige Dienstbarkeit in den Grundbüchern der/des Eigentümer/s einzutragen ist. Ohne diesen Nachweis erfolgt eine Befahrung von Privatstraßen nicht.</p> <p><b>6. Einrichtung von Sammelplätzen</b></p> <p>Bei Straßen und Wohnwegen, die von Müllfahrzeugen nicht befahren werden dürfen (z. B. fehlende oder nicht ausreichende Wendeanlagen oder zu geringe Fahrbahnbreite), müssen für die Müllbehälter und Wertstoffsäcke der Anlieger entsprechend dimensionierte Sammelplätze im Bereich der Einmündung in die nächste für das Müllfahrzeug befahrbare Straße angelegt werden.</p> <p>Bei der Einrichtung dieser Sammelplätze sollten folgende Vorgaben berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Um spätere Interessenskonflikte mit künftigen Anliegern zu vermeiden, sind die Sammelplätze in den Bebauungsplan aufzunehmen und entsprechend zu erläutern.</li> <li>➤ Zusätzlich ist es sinnvoll, die Käufer der Grundstücke an den Wohnwegen im Rahmen des Kaufvertrages darauf hinzuweisen, dass jegliche Abfälle im Bringsystem an den ausgewiesenen Sammelplätzen zur Abholung bereitzustellen sind.</li> <li>➤ Die Sammelplätze sind so anzulegen, dass weder Fußgänger- noch der Straßenverkehr gefährdet oder behindert werden.</li> <li>➤ Die Sammelplätze müssen vom Müllfahrzeug so angefahren werden können, dass das Laden problemlos möglich ist.</li> <li>➤ Die Fläche des Sammelplatzes ist auf die Anzahl der zukünftigen Nutzer und die zugelassenen Abfallbehälter des Landkreises sowie Gelben Säcke für Leichtverpackungen abzustimmen.</li> </ul>	

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark vom 07.11.2024	<p>➤ Eine zumutbare Transportentfernung der Abfallbehälter zum Sammelplatz sollte nicht überschritten werden.</p> <p><b>7. Abfallwirtschaftliche Aspekte bei der Einrichtung von Straßenbaustellen</b></p> <p>Während der Bauphase ist die Absicherung der Entsorgungsleistung durch Zugang zu den Abfallbehältnissen sicher zu stellen. Kann dies nicht gewährleistet werden, ist sicherzustellen, dass die Abfallbehältnisse an Sammelplätzen durch die den Bau ausführende Firma bereitgestellt werden.</p> <p>Dazu ist es erforderlich, dass die Behältnisse gekennzeichnet werden und die Sammelplätze mit der APM GmbH, Bahnhofstraße 18, 14823 Niemegk, Bereich Abfallberatung Frau Mehl (Telefon 033843-30671) bzw. Frau Belz (Telefon 033843-30654), mindestens 14 Tage vor Baubeginn, abzustimmen sind.</p> <p>Für eine diesbezügliche Bürgerinformation stellt die APM GmbH bei Bedarf ein vorbereitetes Schreiben zur Verfügung. Dieses ist mit den entsprechenden Daten zu geplanten Bauzeitablauf und Ansprechpartner der Baufirma zu ergänzen und an die Bürger per Posteinwurf rechtzeitig zu verteilen. Ein Exemplar ist der APM GmbH zur Information zu übersenden.</p> <p>Es ist zu beachten, dass durch die unmittelbaren Bauarbeiten Seitenstraßen zu Sackgassen werden können und diese mit in die Bereitstellung der Behältnisse einbezogen werden müssen.</p> <p>Müllfahrzeuge sind in ihrer Ausführung nicht mit Baustellenfahrzeugen vergleichbar. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung im Bereich von Straßenbaustellen Bedarf daher folgender Voraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Eine feste, d. h. bis 30 t belastbare Fahrbahn.</li> <li>➤ Da die Müllfahrzeuge bauartbedingt erheblich tiefer liegen als z. B. Baustellen-LKW, sind Bodenwellen oder –senken soweit wie möglich zu minimieren. Fahrbahnen, aus denen Kanaldeckel oder Deckel von Straßenabläufen hervorstehen, können nicht befahren werden.</li> <li>➤ Die bereits unter Punkt 3 genannte Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m ist zu gewährleisten.</li> <li>➤ Während der Abfuhrtage ist die Durchfahrt dauerhaft sicherzustellen.</li> </ul> <p><b>Ansprechpartner bei der APM GmbH zu Rückfragen:</b>  Herr Steffen Patiga (kommunaler Fuhrparkleiter)  Telefon: 033843-30663 • Fax: 033843-30690 • E-Mail: steffen.patiga@datevnet.de</p> <p><b>Dieses Informationsblatt finden Sie auch unter:</b></p> <p><b>www.potsdam-mittelmark.de -&gt; Bürgerservice -&gt; Dienstleistung A bis Z -&gt; Abfallentsorgung -&gt; Dokumente -&gt; Informationsblatt – Freie Fahrt für Müllfahrzeuge</b></p>	

# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.5	Landesamt für Umwelt vom 05.11.2024	<p><b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee, Ortsteil Briest</b> Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange</p> <p>Eingereichte Unterlagen:            - Anschreiben vom 07.10.2024            - Begründung, 06.08.2024            - Planzeichnung, 06.08.2024</p> <p>Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark.</p> <p><b><u>Anlage Immissionsschutz</u></b></p> <p><b>FORMBLATT</b>  <b>Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)</b></p> <p><b>Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange</b></p> <p>Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange     <b>Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2</b></p> <p>Belang     <b>Immissionsschutz</b></p> <p>Vorhaben     <b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee, LK PM</b></p> <p>Ansprechpartner*In:     Maik Gruber            Referat:     T21            Telefon:     03391 838 537            E-Mail:     TOEB@LfU.Brandenburg.de            Aktenzeichen:     Stn. P178/24 T21            (intern)</p> <p>1.     Einwendungen            -</p>	<p><u>Fachbereich Wasserwirtschaft:</u>            keine Betroffenheit            - keine Ergänzung oder Anpassung der Planung erforderlich</p> <p>Fachbereich Naturschutz: UNB LK PM wurde beteiligt</p>



TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.5	Landesamt für Umwelt vom 05.11.2024	<p>2. Fachliche Stellungnahme</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p><b>1. Sachstand</b> Antragsgegenstand ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan (vB-Plan) "Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest" der Stadt Havelsee für ihren Ortsteil (OT) Briest. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die Flurstücke 671, 675, 673, 672 (tlw.), 674 und 678 der Flur 1 in der Gemarkung Briest mit einer Flächengröße von ca. 5080 m<sup>2</sup>. Das Aufstellungsverfahren soll im Regelverfahren nach § 2ff BauGB<sup>1</sup> erfolgen. Ziel der Aufstellung ist die Errichtung von Wohngebäuden im Plangebiet. Zu diesem Zweck wird ein allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO<sup>2</sup> in 3 Teilflächen sowie private Grünflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung ausgewiesen.</p> <p><b>2. Stellungnahme</b> <u>Rechtsgrundlage</u> Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)<sup>3</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm<sup>4</sup>. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm<sup>5</sup> zu beurteilen, die Bewertung von Staubbbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft<sup>6</sup>. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>7</sup> ermittelt. Erschütterungen werden gemäß der Erschütterungsleitlinie<sup>8</sup> beurteilt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).</p> <p><u>Planumfeld</u> Das Plangebiet liegt im Südosten der Ortslage Brietz Der Bereich wird im Norden durch gemischte Bauflächen und Grünflächen, im Osten durch den Verlauf der L962 mit anschließenden Flächen für die Landwirtschaft, im Süden durch Wohnbauflächen und im Westen durch Wohnbauflächen und Grünflächen begrenzt. Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.</p> <p><u>Schutzanspruch</u> Das allgemeine Wohngebiet besitzt gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 einen Schutzanspruch von 55 dB(A) am Tag und 40 dB(A) nachts bzw. 45 dB(A) für Verkehrslärm in der Nacht.</p> <p><u>Immissionssituation</u> Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung keine Emissionen aus, die geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen. Auf das Plangebiet wirken im Wesentlichen Verkehrslärmimmissionen durch den Verkehr auf der L962.</p>	<p><u>Fachbereich Immissionsschutz:</u> - Es wurde ein schalltechnisches Gutachten erstellt. Die Empfehlungen wurden als textliche</p>

## Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

18

# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
1.5	Landesamt für Umwelt vom 05.11.2024	Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.	
1.9	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg vom 11.11.2024	<p><b>Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlen-berg Briest“ Stadt Havelsee (Stand: 06.08.2024)</b></p> <p><u>Hier:</u> frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange; Ihr Schreiben vom 07.10.2024</p> <p>nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ Stadt Havelsee (Stand: 06.08.2024) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Planungsvorhaben befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.</li> <li>2. Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt.</li> <li>3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem obigen Vorhaben nicht entgegen.</li> <li>4. Es werden keine Anforderungen an den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gestellt.</li> <li>5. Es bestehen derzeit Bedenken gegen den Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ Stadt Havelsee (Stand: 06.08.2024).</li> </ol> <p><u>Begründung:</u>  Das Planungsvorhaben befindet sich bei Brandenburg an der Havel, im Landkreis Potsdam-Mittelmark des Bundeslandes Brandenburg.  Die nächstgelegenen Hubschrauber-Sonderlandeplätze in Brandenburg a.d. Havel sind ca. 4 km und 8,4 km vom Planungsgebiet entfernt. Der Sonderlandeplatz (SLP) Brandenburg / Mühlenfeld ist ca. 11 km entfernt. Damit liegt das Planungsvorhaben außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.  Weder die geplanten Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung – Allgemeines Wohngebiet -, noch die zum Maß der baulichen Nutzung – maximale Zahl der Vollgeschosse II (zwei) und Traufhöhe mit max. 38,75 m über NHN, sind geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen.  Das Luftverkehrsgesetz stellt keine Anforderungen an den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung.  Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).  Insgesamt bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ Stadt Havelsee (Stand: 06.08.2024).</p>	<p>- Belange der zivilen Luftfahrt werden nicht berührt</p> <p>- Es bestehen derzeit Bedenken gegen den Vorentwurf.</p> <p>- Die Begründung ist hier widersprüchlich. Im letzten Satz wird aufgeführt das keine Bedenken gegen den Vorentwurf vom 06.08.2024 bestehen.</p> <p>- keine Ergänzung oder Anpassung der Planung erforderlich.</p>

# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf																																																												
1.9	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg vom 11.11.2024	<p><u>Hinweise:</u></p> <p>1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.</p> <p>2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Postfach 2963, 53019 Bonn.</p> <p>3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen der im Land Brandenburg gelegenen Landeplätzen finden Sie unter: „<a href="https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlinbrandenburg">https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlinbrandenburg</a>“.</p> <p>Um Übersendung einer Kopie vom Abwägungsergebnis wird gebeten.</p>	- Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Bonn wird mit der förmlichen Beteiligung berücksichtigt.																																																												
2.1.3	E.ON edis AG vom 08.10.2024	<p>anbei übersenden wir Ihnen die gewünschte Spartenauskunft.</p> <p>Im Bereich Ihrer Spartenanfrage befinden sich Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH. Das rot umrandete Gebiet auf den Plänen stellt den Anfragebereich dar. Folgende Planauszüge und sonstige Dokumente wurden übergeben:</p> <table><tr><th>Sparte</th><th>Sparten- auskunft</th><th>Sicherheitsbel. Einbauten</th><th>Sperrflächen</th><th>Leer- auskunft</th></tr><tr><td>Gas</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Strom-BEL:</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Strom-NS:</td><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Strom-MS:</td><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Strom-HS:</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Telekommunikation:</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Fernwärme:</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr><tr><td colspan="5">Dokumente</td></tr><tr><td>Indexplan:</td><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td colspan="2">Vermessungsdaten:</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Gesamtmedienplan:</td><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td colspan="2">Merkblatt zum Schutz zum der Verteilungsanlagen:</td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr><tr><td>Skizze:</td><td><input type="checkbox"/></td><td colspan="3"></td></tr></table>	Sparte	Sparten- auskunft	Sicherheitsbel. Einbauten	Sperrflächen	Leer- auskunft	Gas	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Strom-BEL:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Strom-NS:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Strom-MS:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Strom-HS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Telekommunikation:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Fernwärme:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Dokumente					Indexplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Vermessungsdaten:		<input type="checkbox"/>	Gesamtmedienplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkblatt zum Schutz zum der Verteilungsanlagen:		<input checked="" type="checkbox"/>	Skizze:	<input type="checkbox"/>				
Sparte	Sparten- auskunft	Sicherheitsbel. Einbauten	Sperrflächen	Leer- auskunft																																																											
Gas	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																																																											
Strom-BEL:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																																																											
Strom-NS:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																											
Strom-MS:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																											
Strom-HS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																																																											
Telekommunikation:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																																																											
Fernwärme:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																																																											
Dokumente																																																															
Indexplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Vermessungsdaten:		<input type="checkbox"/>																																																											
Gesamtmedienplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkblatt zum Schutz zum der Verteilungsanlagen:		<input checked="" type="checkbox"/>																																																											
Skizze:	<input type="checkbox"/>																																																														

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.1.3	E.ON edis AG vom 08.10.2024	<p>Bitte beachten Sie hierzu die Bestätigung über erfolgte Planauskunft / Einweisung, insbesondere die Informationen zu 'Örtliche Einweisung / Ansprechpartner' auf Seite 3, die 'Besonderen Hinweise' auf Seite 4, das Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen und die beigefügten Pläne.</p> <p>Bestätigung über erfolgte Planausgabe / Einweisung  <b>Achtung:</b>  <b>Arbeiten in der Nähe von Strom- und Gasverteilungsanlagen sind mit Lebensgefahr verbunden!!</b></p> <p>Für das Bauvorhaben 1275409-EDIS, Havelsee Am Mühlenberg 1  wurde Herr Manuel Hirt Tel.: 03385534060/  Beauftragter der Ingenieur- und Planungsbüro Hirt  Kontakt <a href="mailto:info@unternehmensgruppe-hirt.de">info@unternehmensgruppe-hirt.de</a>, Tel: 033855340609  Anschrift 14712 Rathenow, Friedrich-Ebert-Ringe 91</p> <p>über den Gefährdungsbereich nachstehender Verteilungsanlagen (hierzu gehören z. B. Rohrleitungen, Stationen, elektrische Freileitungen und Kabel, Armaturen, Anlagen für den Kathodenschutz, Steuer – und Messkabel, Erdungsanlagen u. a.) im Baustellenbereich eingewiesen.  Auskünfte über Verteilungsanlagen, die sich nicht im Eigentum des Netzbetreibers befinden, müssen bei den zuständigen Netzbetreibern (Übertragungsnetzbetreiber, Stadtwerke, Wasserzweckverbände, private Eigentümer, ...) eingeholt werden.  Eventuell kann die Gemeinde über weitere Versorgungsträger Auskunft erteilen.</p> <p>Die Einweisung erfolgte mittels Aushändigung von Plänen (mit Übergabedatum).</p> <p><b>Die Weitergabe an Dritte ist nicht erlaubt!</b></p> <p>Für die Lagerichtigkeit der in den ausgegebenen Plänen eingezeichneten Anlagen, Kabel, Rohrleitungen und Neben-/Hilfseinrichtungen, insbesondere für Maßangaben, übernimmt der Netzbetreiber keine Gewähr.</p> <p>Bei Arbeiten im Gefährdungsbereich (Nieder- und Mittelspannung 2m, Hochspannung 6m) von Verteilungsanlagen ist der genaue Verlauf, insbesondere die Tiefe, durch Graben von Suchschlitzen in Handschachtung oder in leitungsschonender Arbeitstechnik, wie z.B. der Einsatz eines Saugbaggers, festzustellen.</p> <p>Bei Unklarheiten ist in jedem Fall Kontakt mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers aufzunehmen.</p> <p><b>Außerdem sind die Informationen zu "Örtliche Einweisung / Ansprechpartner" (Seite 3), die "Besonderen Hinweise" (Seite 4), das "Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen" sowie die spartenspezifischen Verhaltensregeln besonders zu beachten.</b></p> <p>Die übergebenen/empfangenen Pläne sind gut lesbar und entsprechen dem nachgefragten Gebiet.  Die übergebenen/empfangenen Pläne geben den Zustand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauarbeiten aktuelle Pläne vor Ort vorliegen.</p>	-Hinweise werden beachtet und werden in der Bauausführung berücksichtigt

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.1.3	E.ON edis AG vom 08.10.2024	<p>Kontaktadresse / Meisterbereich E.DIS Netz GmbH, Neustadt, Telefon +49 33970-5020</p> <p><b>Örtliche Einweisung / Ansprechpartner</b></p> <p><input type="checkbox"/> <b>Örtliche Einweisung vor Baubeginn notwendig</b> Vorgehensweise bei einer örtlichen Einweisung: Für die Vereinbarung des Einweisungstermins setzen Sie sich bitte mit dem zuständigen Ansprechpartner in Verbindung. Die Durchführung des Einweisungstermins muss auf diesem Formular durch die Unterschrift der E.DIS Netz GmbH und Ihrem Unternehmen bestätigt werden.</p> <p><input type="checkbox"/> <b>Vor Baubeginn ist eine Abstimmung erforderlich</b> Im Bereich des Vorhabens befinden sich Telekommunikationsanlagen (Rohranlagen/ Kabel) in Planung/ im Bau. Vor Baubeginn ist eine Abstimmung mit der e.discom Telekommunikation GmbH erforderlich. Bitte wenden sie sich an Tel.: +49 331 9080 2490 oder e-mail: <a href="mailto:disposition@ediscom.net">disposition@ediscom.net</a>.</p> <p><b>Für Rückfragen steht Ihnen gern zur Verfügung:</b></p> <p><b>Standort Rathenow</b> Bammer Landstraße 12 14712 Rathenow E-Mail: <a href="mailto:EDI_Betrieb_Neustadt@e-dis.de">EDI_Betrieb_Neustadt@e-dis.de</a></p> <p>Stromversorgungsanlagen: +49 3385 5460-265 Gasversorgungsanlagen: +49 3385 5460-211 Kommunikationsanlagen: +49 331 9080 3000 Hochspannungsanlagen: +49 1732695563 +49 15254700453 (wenn nicht erreichbar: bitte folgende Nummer kontaktieren: +49 3361 7332333)</p> <p><b>Standort Neustadt</b> Gewerbegebiet Nord 5 16845 Neustadt E-Mail: <a href="mailto:EDI_Betrieb_Neustadt@e-dis.de">EDI_Betrieb_Neustadt@e-dis.de</a></p> <p>Stromversorgungsanlagen: +49 33970 502-260 Gasversorgungsanlagen: +49 3385 5460-211 Kommunikationsanlagen: +49 331 9080 3000 Hochspannungsanlagen: +49 1732695563 +49 15254700453 (wenn nicht erreichbar: bitte folgende Nummer kontaktieren: +49 3361 7332333)</p> <p>Vor dem Beginn der Arbeiten, muss eine weitere Auskunft bei der E.DIS Netz GmbH eingeholt werden, falls irgendeine Ungewissheit hinsichtlich der Leitungsführung besteht oder die Arbeiten nicht umgehend ausgeführt werden.</p>	

# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.1.3	E.ON edis AG vom 08.10.2024	<p>Übergebene Bestandspläne bzw. Kopien dieser sowie diese "Bestandsplan-Auskunft" müssen bei der bauausführenden Firma vor Ort vorliegen.</p> <p>Anlagen: Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen, Karte Index, Gesamtmedienplan, Strom-MSP, Strom-NSP sind der Verfahrensakte einsehbar</p> <p>Ergänzung durch Planungsbüro Hirt: MSP-Stromleitungen liegen parallel zur Dorfstraße (östlich vom Geltungsbereich), NSP-Stromleitungen befindet sich am Geltungsbereich (östlich) und Stromzähler befindet sich östlich des Geltungsbereiches</p>	<p>- im Plangebiet befindet sich eine Anlage der E.DIS Netz AG</p> <p>- der jetzige Zähler wird bei der Bauausführung beachtet</p>
2.1.10	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark, Niemegk vom 05.12.2024	<p><b>BV: Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ und die Änderung FNP für diesen Bereich der Stadt Havelsee</b>  <b>hier: Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB</b></p> <p>Ich nehme Bezug auf Ihre E-Mail vom 07.10.2024 zu o.g. Betreff, übermittle Ihnen nachfolgend aus Sicht des Entsorgungsunternehmens APM Abfallwirtschaft Potsdam – Mittelmark GmbH besonders zu beachtenden Sachverhalten im Zusammenhang mit der Absicherung von Entsorgungsleistungen.</p> <p><b>Anforderungen an die Gewährleistung der Abfallentsorgung vor der Haustür</b>  Mit der Abfallentsorgung im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde die kreiseigene APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH mit Sitz in Niemegk beauftragt. Damit ist die APM GmbH „Träger öffentlicher Belange“ im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Bauleitpläne haben für die betreffenden Gebiete Satzungscharakter, so dass die hier getroffenen Festlegungen für die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke rechtsverbindlich sind.  Damit abfallwirtschaftliche Belange bereits im Planungsstadium berücksichtigt werden, werden folgend alle Informationen und Voraussetzungen aufgezeigt, die für eine Gewährleistung der Abfallentsorgung „vor der Haustür“ erforderlich sind.  Im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbauten von Straßen kommt es immer wieder im Landkreis zu Problemen bei der Abfallentsorgung. Fehlende oder verbaute Wendemöglichkeiten sowie nicht ausreichend dimensionierte Straßen machen die Abfallentsorgung mit den gängigen Müllsammelfahrzeugen, unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsnormen, unmöglich. In der Folge müssen separate Standplätze für alle betroffenen Müllbehälter an der nächst befahrbaren Straße geschaffen werden. Das zieht zumeist Ärger nach sich und lässt sich im Nachhinein nicht mehr ändern!  Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung wird dadurch gewährleistet, dass bei der Ausgestaltung der Verkehrsflächen folgende Voraussetzungen für den Einsatz der dreiachsigen Müllfahrzeuge berücksichtigt werden:</p> <p><b>1. Rechtliche Grundlagen – unabhängig von baurechtlichen Normen</b>  &gt; Abfallentsorgungssatzung (AbfES) des Landkreises Potsdam Mittelmark in der jeweils gültigen Fassung (Fundstelle:<a href="https://www.potsdam-mittelmark.de/landkreis-verwaltung/kreisverwaltung/satzungen-kreisrecht">https://www.potsdam-mittelmark.de/landkreis-verwaltung/kreisverwaltung/satzungen-kreisrecht</a>)  &gt; Unfallverhütungsvorschriften bzw. Berufsgenossenschaft Vorschriften, DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung“ sowie die DGUV Information 214-033 Nr. 5 und DGUV-Regeln 114-601</p>	<p>- Die Wertstoffbehälter werden an die öffentliche Straße von WA 1 – WA 3 zu den Entsorgungszeiten zur Abholung bereitgestellt und dann wieder auf das eigene Grundstück sichergestellt.</p>

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.1.10	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark, Niemegk vom 05.12.2024	<p>➤ Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, RAST 06 mit Korrektur Stand 15.12.2008</p> <p><b>2. Fahrzeugtechnik des Landkreises Potsdam- Mittelmark zur Abfallentsorgung</b> Da die verschiedenen Abfallfraktionen mit unterschiedlicher Fahrzeugtechnik entsorgt werden, sollte beachtet werden, dass die Maße für die größten eingesetzten Fahrzeuge sich wie folgt darstellen: Länge: 11,10 m Breite: 2,55 m Überhang vorn: 1,00 m, Überhang hinten: 2,60 m ohne Radradius Radradius: 0,54 m</p> <p><b>3. Kriterien für die Errichtung von Erschließungsstraßen</b> Nach den gesetzlichen Vorgaben dürfen Fahrzeuge nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Konkret bedeutet dies, dass die Straße</p> <p>➤ die höchstzulässige Fahrzeugbreite gem. StVZO zuzüglich Sicherheitsabstand zu beiden Seiten des Fahrzeuges berücksichtigt. Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 1 StVZO ist die höchstzulässige Breite für Kraftfahrzeuge und Anhänger mit 2,55 m bestimmt. Für ein gefahrloses Vorbeifahren an seitlichen Hindernissen wird zusätzlicher Freiraum benötigt. In der Praxis geht die Rechtsprechung hier von 50 cm auf jeder Seite aus. Damit ergibt sich eine durchgängige Minstdurchfahrtsbreite von 3,55 m,</p> <p>➤ für das Müllsammelfahrzeug ausreichend tragfähig sein muss (bis 30 t),</p> <p>➤ so gestaltet sein muss, dass in den Kurvenbereichen die Schleppkurven der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt werden,</p> <p>➤ so bemessen sein muss, dass an den Ein- und Ausfahrten mindestens die Schleppkurve der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt sind. Dies gilt auch für Pflanzinseln, Bäumen, Laternen, Schaltkästen und ausgewiesenen Parkplätzen,</p> <p>➤ so gestaltet sein muss, dass eventuelle Bodenschwellen von Müllfahrzeugen problemlos überfahren werden können,</p> <p>➤ so gestaltet sein muss, dass eventuelle Steigungen und Gefälle von Müllfahrzeugen gefahrlos befahren werden können,</p> <p>➤ eine lichte Durchfahrts Höhe von mindestens 4 m zuzüglich Sicherheitsabstand aufweisen muss. Insbesondere Äste und Straßenlaternen dürfen nicht in das Lichtprofil ragen.</p> <p>Zusätzlich ist zu beachten, dass die Straße und ggf. der Gehweg so angelegt werden, dass durch die Bereitstellung der Abfallbehälter sowohl für den Straßenverkehr als auch für den Fußgängerverkehr keine Gefahren oder Behinderungen zu befürchten sind.</p>	<p>- Die Abfallentsorgung kann auch über die Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung erfolgen. Hier ist vor Baubeginn eine Abstimmung zwischen den Vorhabenträger und der APM vorzunehmen.</p>



TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.1.10	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark, Niemegk vom 05.12.2024	<p><b>4. Stichstraßen:</b> Gemäß § 16 DGV „Abfallsammlung“ ist dem Fahrpersonal ein Rückwärtsfahren ohne Einweiser untersagt. Da Sammelfahrzeuge im Landkreis überwiegend mit Seitenladetechnik in Einmannbesatzung entsorgen, ist diese Vorschrift vom Fahrpersonal zwingend einzuhalten. Daher ist am Ende von Stichstraßen eine <b>geeignete Wendeanlage</b> in Form eines Wendekreises, einer Wendeschleife bzw. eines Wendehammers vorzusehen. In einem Wendehammer muss das Wenden mit einem höchstens zweimaligen Zurückstoßen möglich sein (gilt nicht als Rückwärtsfahren). <b>Wendekreisdurchmesser lt. Hersteller für dreiachsige Entsorgungsfahrzeuge: 23,60 m.</b> Die Praxis zeigt jedoch, dass ein Wendekreis kleiner als 25 m nicht geeignet ist. Um die Befahrung sicherzustellen, sind Wendeanlagen an den Abfuhrtagen von parkenden Fahrzeugen freizuhalten. Hier können ggf. verkehrsregelnde Maßnahmen erforderlich sein. Eine Beschilderung in der Straße, dass sich am Ende ein Wendehammer befindet, kann in der Zukunft Vorteile haben. So ist es dem Ordnungsamt dann gegeben, unberechtigte Fahrzeuge im Bereich des Wendehammers abzustrafen.</p> <p><b>5. Privatstraßen:</b> Da die Entsorgung der Abfälle an den Grundstücken nur durch die Befahrung einer Privatstraße möglich sein wird, wird darauf verwiesen, dass die dazu notwendige Dienstbarkeit in den Grundbüchern der/ des Eigentümer/ s einzutragen ist. <u>Ohne diesen Nachweis erfolgt eine Befahrung von Privatstraßen nicht.</u></p> <p><b>6. Einrichtung von Sammelplätzen</b> Bei Straßen und Wohnwegen, die von Müllfahrzeugen nicht befahren werden dürfen (z. B. fehlende oder nicht ausreichende Wendeanlagen oder zu geringe Fahrbahnbreite), müssen für die Müllbehälter und Wertstoffsäcke der Anlieger entsprechend dimensionierte Sammelplätze im Bereich der Einmündung in die nächste für das Müllfahrzeug befahrbare Straße angelegt werden. Bei der Einrichtung dieser Sammelplätze sollten folgende Vorgaben berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Um spätere Interessenskonflikte mit künftigen Anliegern zu vermeiden, sind die Sammelplätze in den Bebauungsplan aufzunehmen und entsprechend zu erläutern.</li> <li>➤ Zusätzlich ist es sinnvoll, die Käufer der Grundstücke an den Wohnwegen im Rahmen des Kaufvertrages darauf hinzuweisen, dass jegliche Abfälle im Bringsystem an den ausgewiesenen Sammelplätzen zur Abholung bereitzustellen sind.</li> <li>➤ Die Sammelplätze sind so anzulegen, dass weder Fußgänger- noch der Straßenverkehr gefährdet oder behindert werden.</li> <li>➤ Die Sammelplätze müssen vom Müllfahrzeug so angefahren werden können, dass das Laden problemlos möglich ist. Der hier angegebene Müllplatz kann von den Entsorgungsfahrzeugen nicht direkt angefahren werden. Die Abfallbehälter müssen an der Erschließungsstraße bereitgestellt werden. Es besteht ggf. die Möglichkeit den gebührenpflichtigen Volls-service (Holen und Zurückstellen der Abfallbehälter nach der Leerung) zu buchen.</li> </ul>	

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.1.10	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark, Niemegk vom 05.12.2024	<p>➤ Die Fläche des Sammelplatzes ist auf die Anzahl der zukünftigen Nutzer und die zugelassenen Abfallbehälter des Landkreises sowie Gelben Tonnen für Leichtverpackungen abzustimmen.</p> <p>➤ Eine zumutbare Transportentfernung der Abfallbehälter zum Sammelplatz sollte nicht überschritten werden.</p> <p><b>7. Abfallwirtschaftliche Aspekte bei der Einrichtung von Straßenbaustellen</b> Während der Bauphase ist die Absicherung der Entsorgungsleistung durch Zugang zu den Abfallbehältnissen sicher zu stellen. Kann dies nicht gewährleistet werden, ist sicherzustellen, dass die Abfallbehältnisse an Sammelplätzen durch die den Bau ausführende Firma bereitgestellt werden.</p> <p>Dazu ist es erforderlich, dass die Behältnisse gekennzeichnet werden und die Sammelplätze mit der APM GmbH, Bahnhofstraße 18, 14823 Niemegk, Bereich Abfallberatung Frau Mehl (Telefon 033843-30671), Frau Riesler (Telefon 033843-30669), Frau Hagemann (Telefon 033843-30681) bzw. Herrn Wassermann (Telefon 033843-30685) <b>mindestens 14 Tage</b> vor Baubeginn, abzustimmen sind.</p> <p>Für eine diesbezügliche Bürgerinformation stellt die APM GmbH bei Bedarf ein vorbereitetes Schreiben zur Verfügung. Dieses ist mit den entsprechenden Daten zu geplanten Bauzeitablauf und Ansprechpartner der Baufirma zu ergänzen und an die Bürger per Posteinwurf rechtzeitig zu verteilen. Ein Exemplar ist der APM GmbH zur Information zu übersenden.</p> <p>Es ist zu beachten, dass durch die unmittelbaren Bauarbeiten Seitenstraßen zu Sackgassen werden können und diese mit in die Bereitstellung der Behältnisse einbezogen werden müssen. Das gilt auch für Behälter, die sich im Regelungsbereich einer Ampelanlage befinden.</p> <p>Müllfahrzeuge sind in ihrer Ausführung nicht mit Baustellenfahrzeugen vergleichbar. Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung im Bereich von Straßenbaustellen Bedarf daher folgender Voraussetzungen:</p> <p>➤ Eine feste, d. h. bis 30 t belastbare Fahrbahn.</p> <p>➤ Da die Müllfahrzeuge bauartbedingt erheblich tiefer liegen als z. B. Baustellen-LKW, sind Bodenwellen oder –senken soweit wie möglich zu minimieren. Fahrbahnen, aus denen Kanaldeckel oder Deckel von Straßenabläufen hervorstehen, können nicht befahren werden.</p> <p>➤ Die bereits unter Punkt 3 genannte Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m ist zu gewährleisten.</p> <p>➤ Während der Abfuhrtage ist die Durchfahrt dauerhaft sicherzustellen.</p> <p>Vor Aufnahme der Entsorgung in den Tourenplan ist eine abschließende Prüfung der Gegebenheiten vor Ort notwendig. Daher ist ein entsprechender Termin mit der Abteilung Abfallberatung, welche Ihnen auch für weitere Fragen per E-Mail: <a href="mailto:abfallberatung@apm-niemegk.de">abfallberatung@apm-niemegk.de</a> oder unter der Rufnummer 033843/306-80 gern zur Verfügung steht, zu vereinbaren.</p>	<p>- Die Abfallwirtschaftlichen Aspekte werden bei Der Bauausführung beachtet, Der Vorhabenträger stimmt sich mit den betroffenen Mitarbeitern ab.</p>

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.2.1	Landesbetrieb Straßenwesen vom 14.11.2024 + 03.03.2025	<p><u>Stellungnahme vom 14.11.2024</u></p> <p><b>Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ und die Änderung FNP für diesen Bereich der Stadt Havelsee Beteiligung gemäß §4(1) BauGB</b></p> <p><b>Unser Zeichen: 98/2024</b></p> <p>Mit Posteingang vom 07.10.2024 haben Sie die Unterlagen zu o.g. Sachverhalt mit der Bitte um Stellungnahme eingereicht.</p> <p>Gemäß den eingereichten Unterlagen sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau von drei Einfamilienhäuser geschaffen werden. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Erschließungsstraße „Am Mühlenberg“, welche im weiteren Verlauf in die Landesstraße (L) 692 mündet.</p> <p>Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststelle Potsdam (LS) ist im betreffenden Abschnitt für die L962 zuständig und nimmt wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf Grund der vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ sind keine verkehrlichen Auswirkungen auf die L 962 zu erwarten.</li> <li>- Aus Sicht des LS bestehen keine Bedenken gegenüber der o.g. Änderung des Flächennutzungsplans und dem Bebauungsplan.</li> </ul> <p>Für Rückfragen steht Ihnen Frau Rehfeld unter o.g. Telefonnummer zur Verfügung.</p> <p>Bearb.: Jacqueline Rehfeld          Hausruf: 03342 249-1436          Fax: 03342 249-1380          Internet: <a href="http://www.ls.brandenburg.de">www.ls.brandenburg.de</a>  <a href="mailto:Jacqueline.Rehfeld@LS.Brandenburg.de">Jacqueline.Rehfeld@LS.Brandenburg.de</a></p> <p><u>Stellungnahme vom 03.03.2025</u></p> <p><b>Korrektur zur Stellungnahme vom 15.11.2024 zum Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ und die Änderung FNP für diesen Bereich der Stadt Havelsee Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB</b></p> <p><b>Unser Zeichen: 98/2024</b></p> <p>Mit Posteingang vom 07.10.2024 haben Sie die Unterlagen zu o.g. Sachverhalt mit der Bitte um Stellungnahme eingereicht. Mit Postausgang vom 15.11.2024 wurde die Stellungnahme an Sie versandt.</p>	- Der Geltungsbereich wurde entsprechend angepasst

# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

TöB. Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Berücksichtigung mit Entwurf
2.2.1	Landesbetrieb Straßenwesen vom 14.11.2024 + 03.03.2025	<p>Nach interner Prüfung ist aufgefallen, dass Sie das Planfeststellungsverfahren L962 – Radweg freie Strecke einschließlich Krümmenverbesserungen von der B 1 – Kreisgrenze bei Brandenburg / Kaltenhausen über Briest und Tieckow bis zur B 102 Fohrde mit Nachtrag 1 zur Planfeststellung vom 30.06.2017 in Ihren Unterlagen nicht berücksichtigt haben.</p> <p>Ihre Bebauungsplangrenzen überschneiden unsere Planfeststellungsgrenze. Dies ist unzulässig. Alle Informationen zum Planfeststellungsverfahren finden Sie online über das LBV, inkl. Der Planfeststellungsgrenzen.</p> <p>Gemäß den eingereichten Unterlagen sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau von drei Einfamilienhäuser geschaffen werden. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Erschließungsstraße „Am Mühlenberg“, welche im weiteren Verlauf in die Landesstraße (L) 962 mündet.</p> <p>Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam (LS) ist im betreffenden Abschnitt für die L 962 zuständig und nimmt wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Bebauungsplangrenze liegt innerhalb unseres Planfeststellungsverfahrens und muss angepasst werden.</li> <li>- Die Änderung des Flächennutzungsplanes kann nicht zugestimmt werden.</li> <li>- Dem Bebauungsplan kann nicht zugestimmt werden.</li> <li>- Sämtliche Unterlagen sind dem oben benannten Planfeststellungsverfahren unterzuordnen</li> </ul> <p>Für Rückfragen steht Ihnen Frau Rehfeld unter o.g. Telefonnummer zur Verfügung.</p> <p>Bearb.: Jacqueline Rehfeld          Hausruf: 03342 249-1436          Fax: 03342 249-1380          Internet: <a href="http://www.ls.brandenburg.de">www.ls.brandenburg.de</a>  <a href="mailto:Jacqueline.Rehfeld@LS.Brandenburg.de">Jacqueline.Rehfeld@LS.Brandenburg.de</a></p>	<p>- Die Kompensationsmaßnahme aus dem Planfeststellungsverfahren, L 962 – Radweg freie Strecke einschließlich Krümmenverbesserungen von der B 1 – Kreisgrenze bei Brandenburg / Kaltenhausen über Briest und Tieckow bis zur B 102 Fohrde, wurde berücksichtigt.</p>
2.3.2	Zentraldienst der Polizei Kampfmittel-beseitigungsdienst vom 09.10.2024	<p>Ortsname: <b>Havelsee</b>          Vorhaben: <b>Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ und die Änderung FNP für diesen Bereich der Stadt Havelsee</b>          Reg. / RPL-Nr.: <b>2024 3668 0000 (bei Schriftwechsel bitte angeben)</b>          Ihr Schreiben vom: <b>07.10.2024</b></p> <p>Zur Beplanung des o.g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.</p> <p>Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p>	<p>- wird im Genehmigungsverfahren der Bebauung beachtet</p> <p>- keine Ergänzung oder Anpassung der Planung erforderlich</p>

# Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage am Mühlenberg Briest“

Auswertung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange / Stand: 08.04.2025

<b>TöB. Nr.</b>	<b>Behörde / TöB</b>	<b>Einwände, Anregungen und Hinweise</b>	<b>Berücksichtigung mit Entwurf</b>
<b>2.3.2</b>	Zentraldienst der Polizei Kampfmittel-beseitigungsdienst vom 09.10.2024	<p><b>Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern</b>  Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.  Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link:  Link: <a href="https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf">https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf</a></p> <p>Die Datenschutzerklärung finden Sie unter dem folgenden Link:  <a href="https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampfmittelfr/125899">https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampfmittelfr/125899</a></p>	- der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
<b>2.5.4</b>	Freier Wald e.V. vom 10.10.2024	<p>Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Bauleitplanung können wir zum Bebauungsplan und Flächennutzungsplan der „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ und die Änderung FNP für diesen Bereich der Stadt Havelsee/ keine verbindliche Stellungnahme geben.  Laut Ihren Unterlagen bestehen keine artenschutzrechtlichen Bedenken. Sollte die Umweltbehörde uns zu dieser Planung ins Benehmen setzen, werden wir hierzu Stellung nehmen.</p>	<p>- keine artenschutzrechtlichen Bedenken  - keine Ergänzung oder Anpassung der Planung erforderlich</p>
<b>3.8</b>	Amt Beetzsee vom 07.10.2024	<p><b>Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB</b>  <b>Bebauungsplan „Wohnbebauung nördlich der Wohnanlage Am Mühlenberg Briest“ und die Änderung FNP für diesen Bereich Havelsee,</b>  hier: <b>Stellungnahme als örtlicher Träger des Brandschutzes</b></p> <p>Eine Löschwasserversorgung über das öffentliche Trinkwassernetz ist gegeben.  Die Grundstückszufahrten sind entsprechend den Vorgaben der DIN 14080 „Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken“ zu errichten und zu erhalten.</p> <p>Den Belangen des Brandschutzes kann unter Berücksichtigung des oben genannten grundlegend stattgegeben werden.</p>	<p>- Löschwasserversorgung ist gegeben  - keine Ergänzung oder Anpassung der Planung erforderlich</p>